

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Nationales Nachrichten- und Anzeigenblatt für die Oberamtsbezirke Nagold, Calw, Freudenstadt und Neuenbürg

Verlagspr.: Monatl. d. Post M 1.20 einschl. 18 3 Beförd.-Geb., 20 3 Zustellungsgeb.; d. Ag. M 1.40 einschl. 20 3 Austrägergeb.; Einzeln. 10 3. Bei Nichterhalten der Zeit. inf. hoh. Gewalt od. Betriebsstör. besteht kein Anspruch auf Lieferung. Drahtanschrift: Tannenblatt. / Geraruf 321.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 5 Pfennig. Textmillimeterzeile 15 Pfennig. Bei Wiederholung oder Mengenabschluss Nachlaß nach Preisliste. Erfüllungsort Altensteig. Gerichtsstand Nagold.

Nummer 60

Altensteig, Donnerstag, den 12. März 1936

58. Jahrgang

Die Schlacht der 19 Tage

Ein Treuschwur hält durch Deutschland

Am 10. März, drei Tage nach der demütigenden Rede des Führers im Reichstag, hat der oberste Leiter des diesmahligen Wahlfeldzuges Reichsminister Dr. Goebbels den eigentlichen Wahlkampf eröffnet. 19 Tage später, am 29. März, wird das deutsche Volk nach fast zweieinhalbjähriger Pause wieder einmal zu den Wahlurnen gehen und sich, dessen sind wir heute bereits felsenfest gewiß, zu einem Bekenntnis von über 40 Millionen für den Führer zusammenschließen.

Warum denn eigentlich „Wahlkampf“? Rein sprachlich gesehen ist es natürlich richtig, daß es sich nicht mehr um einen Kampf der Parteien handelt, wie wir das in früheren Jahren zu unserem Leidwesen mit immer zunehmender Heftigkeit erleben mußten. Man muß sich immer wieder vor Augen halten, daß erst vier Jahre verstrichen sind, seitdem die Stimmlisten der 37 Parteien der Vergangenheit angehören. Das Jahr 1932 war eines der wahrlichsten Jahre der neueren deutschen Geschichte überhaupt. Zwei Reichspräsidenten-Wahlen, zwei Reichstags-Wahlen, Wahlen zum Preussischen Landtag und noch zu einer Reihe anderer Landesparlamente, deren es ja damals noch in Hülle und Fülle gab — das Volk kam überhaupt nicht zur Ruhe, und selbst wenn auch im Laufe der Zeit sich um die meisten unserer Volksgenossen so etwas wie eine politische Hornhaut gelegt hatte, weil der Kampf der Parteien nachgerade in einen Schlingensiefel ausgearbeitet war, ohne Aufregungen und innere Erschütterungen ging es nun doch nicht ab, jodoch jedesmal ein Aufatmen erfolgte, wenn die Wahl mit aller ihrer Qual vorüber war.

Es ist doch ganz natürlich, sich alle diese Dinge wieder einmal ins Gedächtnis zurückzurufen. Erst aus Vergleichen merkt man den Fortschritt und die Aenderung. Eine Wiederholung des Kampfes von 1932 bleibt uns gottlob erspart. Aus dem Kampf von damals ist der Aufklärungsfeldzug von heute geworden, der in erster Linie dazu bestimmt ist, die auch heute noch Launen und Gleichgültigen aufzuwecken, die ewigen Besserwisser zu belehren und die bemußt Böswilligen, die heute noch unter uns leben, zu befehren. So hat sich der Kampf „gegen“, wie wir ihn früher kannten, heute in den Kampf „für“ verwandelt, wobei die Frage, was unter dem „für“ zu verstehen ist, überhaupt nicht ausgesprochen zu werden braucht, weil sie sich von selbst erledigt.

Man hat in früheren Zeiten einmal für die Politik der verflorenen Systemzeit einen ganz netten Vergleich gefunden. Man hat gesagt, daß sich die Politik Deutschlands in den zwanziger Jahren auf einer Ellipse bewegt habe, in deren Brennpunkten die Worte Weimar und Versailles gestanden hätten. Wir brauchen diesen Vergleich nicht auf seine Richtigkeit oder Unrichtigkeit zu prüfen. Nehmen wir ihn aber einmal an, dann können wir heute mit Zug und Recht sagen: aus der Ellipse ist ein Kreis geworden, dessen Mittelpunkt Deutschland heißt. Wo auch immer wir gedanklich und weltanschaulich auf dieser Kreislinie stehen, immer ist der Abstand, aber auch die Verbindung die gleiche: um Deutschland kreist unser ganzes Denken und Fühlen. Ihm gilt unsere Arbeit im Innern, ihm dient unsere Politik nach außen. Der Träger aller Politik in beiden Bereichen ist jedoch der Führer, nicht nur symbolisch als das Staatsoberhaupt des Reiches und der Nation, sondern auch in Wirklichkeit nach Gesetz und Recht. So falsch es wäre, die Abstimmung des 29. März etwa mit einem Vertrauensvotum einer parlamentarischen Körperschaft wie der französischen Kammer oder des englischen Unterhauses zu vergleichen, so ist doch in Wirklichkeit das Abstimmungsergebnis das größte Vertrauensvotum, das je einem Staatsmann ausgestellt worden ist, denn es umfaßt das ganze Volk, und ist nicht wie in den parlamentarischen Staaten von Parteivertretern abgegeben, die sich ihre Zustimmung ebendort durch politische Zugeständnisse abhandeln lassen.

Daraus ergibt sich der letzte Sinn dieses Wahlkampfes von selbst. Es gilt die Einheit der Nation vor der Welt auch ziffernmäßig zu bezeugen, gerade weil die Welt auch heute noch gewohnt ist, in Mehrheiten zu denken und mit Zahlen Politik zu machen. Der Unterschied besteht lediglich darin, daß deutsche Zahlen ein anderes Gewicht haben als Kammerziffern. Der Wahlkampf richtet sich deshalb ausschließlich gegen jene, die entweder aus bewußter Staatsfeindschaft oder aus törichter Verblendung vielleicht auch bewußter falscher Bildeinstellung auch heute noch glauben, mit Nein abstimmen zu müssen. Freilich, aus der Erfahrung wissen wir, daß es ihrer nicht mehr allzu viele sein werden. Dennoch darf der Kampf, der nunmehr begonnen hat, nicht erlahmen. Jedes besiegte Nein bedeutet ein verdoppeltes Ja. Wenn wir uns dessen immer bewußt bleiben, bedeuten die 19 Tage des Wahlkampfes auch 19 Tage des Erfolges und der Abstimmungsstag den Sieg des Glaubens an den Führer und ein Bekenntnis der Liebe und Treue zu unserer großen Mutter Deutschland! A. K.

Der Führer über seine Friedensvorschläge

Eine Unterredung mit dem englischen Journalisten Ward Price

München, 11. März. Der Führer und Reichstanzler hat dem bekannten englischen Journalisten Ward Price eine Unterredung gewährt, in deren Verlauf er eine Reihe von Fragen, die sich auf die historische Reichstags-Rede vom 7. März beziehen, beantwortete.

1. Frage: Schließt das Angebot des Führers zu einem Nichtangriffspakt an alle Staaten an Deutschlands Ost- und Westgrenze auch Desterreich ein? Wird die Tschchoslowakei als Staat an Deutschlands Ostgrenze gerechnet?

Antwort: Ich habe meinen Antrag auf Abschluß von Nichtangriffspakten im Westen und Osten Deutschlands allgemein aufgestellt, das heißt also ohne jede Ausnahme. Dies gilt demnach sowohl für die Tschchoslowakei als auch für Desterreich.

2. Frage: Ist der Führer bereit, Deutschland unmittelbar in den Völkerbund zurückzuführen, so daß die Vorschläge, die er gemacht hat, von dem Völkerbund behandelt werden können und Deutschland dabei seinen vollen Platz als Mitglied des Völkerbundes einnimmt? Oder schlägt er vor, daß zu diesem Zweck eine internationale Konferenz einberufen wird?

Antwort: Ich habe für Deutschland die Bereitwilligkeit erklärt, sofort in den Völkerbund einzutreten, unter Aussprechung der Erwartung, daß im Laufe einer vernünftigen Zeit die Frage einer totalen Gleichberechtigung und die der Trennung des Völkerbundesstatus von dem sogenannten Friedensvertrag geklärt wird. Ich glaube, daß der Abschluß der von der deutschen Regierung vorgeschlagenen Nichtangriffspakte am zweckmäßigsten von den betreffenden Regierungen direkt vorgenommen wird. Das heißt also, im Falle der Pakte zur Sicherung der Grenzen zwischen Deutschland einerseits und Frankreich und Belgien und unter Umständen Holland andererseits von den zuständigen Regierungen und den zur Unterzeichnung einer Garantiepflicht eingeladenen Mächten England und Italien. Es wäre vielleicht gut, wenn die Länder, die durch diese Pakte geschützt werden, zunächst einmal mit ihren zuständigen Garantien in Fühlung treten würden. Die Nichtangriffspakte mit den übrigen Staaten würden ähnlich wie einst zwischen Polen und Deutschland verhandelt werden, das heißt immer von Regierung zu Regierung. Im übrigen würde sich Deutschland sicherlich mit freuen, wenn z. B. eine andere Macht — sagen wir England — als unparteiischer Mittler praktische Vorschläge zur Lösung dieser Fragen machen würde.

3. Frage: Es ist wahrscheinlich, daß keine französische Regierung, selbst wenn sie es wollte, noch vor den im April stattfindenden französischen Wahlen auf eine Erörterung ihrer Vorschläge eingehen kann. Ist Deutschland bereit, bis zu diesem Zeitpunkt sein Angebot aufrechtzuerhalten? Wird Deutschland inzwischen nichts weiter unternehmen, was die augenblickliche Lage ändern würde?

Antwort: Von seiten der deutschen Regierung aus wird an der bestehenden Situation nichts mehr geändert. Wir haben die Souveränität des Reiches wieder aufgerichtet und ein uraltes Reichsgebiet in den Schutze der ganzen Nation genommen. Wir haben daher von uns aus keine Beronoffung, irgend welche Termine zu stellen. Nur eines möchte ich hier aussprechen: Daß sich die deutsche Regierung, wenn auch diese Vorschläge, so wie viele frühere, wieder der einfachen Ignorierung oder Ablehnung verfallen sollten, Europa mit weiteren Anträgen nicht mehr wird aufdrängen können.

4. Frage: Wird der Führer, nachdem er das Prinzip von Deutschlands völliger Souveränität über sein ganzes Gebiet hergestellt hat, die Zahl der deutschen Truppen im Rheinland aus freiem Willen auf eine Streitmacht begrenzen, die offensichtlich für eine Offenhandlung gegen Frankreich unzureichend ist?

Antwort: Die sogenannte „entmilitarisierte Zone“ wurde besetzt, nicht weil die Absicht, eine offensive Handlung gegen Frankreich vorzunehmen, besteht, sondern weil die Aufrechterhaltung eines so ungeheuren Opfers einer Nation nur denkbar ist und verantwortet werden kann, wenn es auf seiten des Vertragspartners auf ein entsprechendes sachliches und politisches Verständnis und damit auf eine angemessene Würdigung stützt. Nicht Deutschland hat Verträge gebrochen! Aber seit der Annahme des Waffenstillstandes auf der Grundlage der 14 Punkte Wilsons hat sich in Europa folgende Gespinnstweberei eingebürgert: Wenn ein Sieger und ein Besiegter miteinander einen Vertrag schließen, ist der Besiegte verpflichtet, ihn zu halten, während der Sieger seine eigene Haltung nach eigenem Ermessen einrichten und auslegen kann. Sie werden nicht bestritten, daß die 14 Punkte Wilsons und seine drei Ergänzungen einst nicht gehalten worden waren. Sie werden auch weiter nicht bestritten, daß die Verpflichtung nach allgemeiner Abmachung von seiten der Sieger ebenfalls nicht eingehalten wurde. Auch der Locarno-Pakt hat nicht nur die Buch-

stabenmäßige, sondern eine politisch-ungemäße Bestimmung. Hätte die am 2. Mai 1935 unterzeichnete französisch-polen-jugoslawische Abmachung bei der Abfassung des Locarno-Paktes schon bestanden, wäre selbstverständlich der Rheinpakt nie unterzeichnet worden. Es geht aber nicht an, einem Pakt nachträglich eine andere Auslegung oder gar einen anderen Inhalt zu geben. In diesem vorliegenden Fall hat man sich aber nicht nur vom Sinn, sondern sogar vom Buchstaben des Locarno-Paktes entfernt. Der Abschluß des französisch-jugoslawischen Militärbündnisses schafft für Deutschland eine Lage, die es zwingt, auch weiterhin bestimmte Konsequenzen zu ziehen, und nur die habe ich gezogen. Denn der Sinn dieser Konsequenz ist, daß, wenn schon Frankreich solche Militärbündnisse abschließt, dann nicht ein so volkreiches und wirtschaftlich wichtiges Grenzgebiet des Deutschen Reiches wehr- und schutzlos gelassen werden kann.

Dies ist die primitivste Reaktion auf ein solches Vorgehen. Im übrigen glaube ich, daß vielleicht auch in England nicht jedermann wissen wird, daß die bisherige sogenannte „entmilitarisierte Zone“ ungefähr genau so viele Menschen beherbergt, als die Einwohnerzahlen z. B. des tschchoslowakischen Staates oder Jugoslawiens ausmachen. Dieses Gebiet erhält nunmehr seine Friedensgarnisonen, genau wie auch das gesamte übrige Reich, nicht mehr und nicht weniger.

Von Anhäufungen einer Streitmacht für Offensivzwecke kann schon deshalb nicht geredet werden, weil Deutschland

1. von Frankreich nichts mehr zu fordern hat und nichts fordern will,

2. ja selbst den Abschluß von Nichtangriffspakten vorgeschlagen hat mit dem Wunsch einer Garantieunterzeichnung durch England und Italien, und weil dann

3. eine solche Anhäufung auch rein militärisch gesehen nicht nur unnötig, sondern auch unvernünftig wäre.

Im übrigen soll es ja die Aufgabe der Zukunft sein, dafür zu sorgen, daß sich die beiden Länder eben gegenseitig nicht mehr bedroht fühlen. Wenn Herr Sarraut erklärt, nicht zusehen zu können, daß die Festung Straßburg durch deutsche Geschütze bedroht wird, dann sollte man erst recht verstehen, daß aber auch Deutschland nicht gern seine offenen Städte Frankfurt, Freiburg, Karlsruhe usw. von den Kanonen der französischen Festungen bedroht sehen will. Dieser Bedrohung wäre am besten vorzubeugen, wenn die Frage einer demilitarisierten Zone von beiden Seiten gleichmäßig gelöst würde.

5. Frage: Wird der Führer der Welt sagen, warum er diesen speziellen Weg wählte, um seinen Zweck zu erreichen? Wenn er erst seine Vorschläge gemacht und als die von Deutschland geforderte Gegenleistung die Remilitarisierung des Rheinlandes verlangt hätte, würde die Welt mit Begeisterung zugestimmt haben. Besteht ein besonderes Motiv für die Schnelligkeit der Aktionen des Führers?

Antwort: Ich habe mich schon in meiner Rede vor dem Deutschen Reichstag darüber eingehend geäußert. Ich möchte daher nur ganz kurz Ihre Bemerkung behandeln, daß die von mir gemachten Vorschläge begeistert begrüßt worden wären, wenn ich sie nicht mit der Remilitarisierung der entmilitarisierten Zone verbunden haben würde. Dies ist möglich. Leider aber nicht entscheidend. Denn ich habe zum Beispiel etwa einen Vorschlag von 300 000 Mann gemacht. Ich glaube, es war erst damals ein sehr vernünftiger Vorschlag. Er war ganz konkret und hätte sicher im Sinne einer Entspannung in Europa wirken können. Er wurde auch ohne Zweifel von sehr vielen Menschen gutgeheißen, ja selbst die englische und die italienische Regierung hatten ihn sich zu eigen gemacht. Allein er erfuhr trotzdem eine Ablehnung. Wollte ich also damals die deutsche Rüstungsgleichberechtigung — deren moralisches Recht wohl niemals bestritten werden konnte — tatsächlich herstellen, und damit endlich eine brennende Frage Europas beseitigen, so mußte ich wohl oder übel auf eigene Verantwortung handeln. Und diesmal wäre es nicht anders gekommen.

Hätte ich diese Vorschläge erst der Welt unterbreitet, verbunden mit der Forderung einer endlichen Abklärung aller Souveränitätsrechte in der entmilitarisierten Zone, so würden sie vielleicht die verständnisvolle Zustimmung der Welt erhalten haben, allein ich glaube nach meinen Erfahrungen nicht mehr, daß wir jemals an den Verhandlungstisch gekommen wären. Es ist aber nicht möglich, daß ein Vertragspartner gegen den



Sinn und Sachverhalt eines Vertrages handelt, ohne daß auch der zweite dann seine Bindungen löst. Und dies habe ich getan!

Im übrigen, wenn jemals z. B. ein britischer oder französischer Staatsmann das Unglück gehabt haben würde oder jemals haben sollte, ihr Volk in einem ähnlich tragischen Zustand zu finden, wie ich mein eigenes, dann würden sie, dessen bin ich überzeugt, unter gleichen Voraussetzungen genau so gehandelt haben oder in der Zukunft handeln. Das Urteil der Gegenwart läßt freilich einer geschichtlichen Tat selten volle Gerechtigkeit zuteil werden.

Das Urteil der Nachwelt aber wird mir einmal nicht bestritten, daß es anständiger und auch richtiger war, eine unmöglich gewordene Spannung zu beilegen, um dann endlich einer vernünftigen, von allen ersehnten Entwicklung die Tore zu öffnen, als aus irgend welchen Rücksichten entgegen dem eigenen Gewissen und der eigenen Vernunft eines nun einmal untragbar gewordenen Zustand zu versuchen weiter aufrecht zu erhalten.

Ich glaube, daß, wenn die Vorschläge der deutschen Reichsregierung akzeptiert werden, nachträglich einmal festgestellt werden wird, daß damit Europa aus dem Frieden ein großer Dienst erwiesen wurde.

Dank des Führers

Berlin, 11. März. Dem Führer und Reichskanzler sind aus Anlaß seiner Reichstagsrede und des Wiedereinzugs deutscher Truppen in ihre rheinischen Friedensgarantionen am 7. März von überall her, insbesondere aus den Städten und Gemeinden der ehemals entmilitarisierten Zone, Treuegebühren, Dankestelegramme und sonstige Kundgebungen von deutschen Volksgenossen des In- und Auslandes, von Parteigliederungen, Vereinen und Verbänden, aus Betrieben, Lehranstalten und Familien sowie auch von ausländischen Persönlichkeiten in so großer Zahl zugegangen, daß es ihm zu seinem Bedauern nicht möglich ist, darauf im einzelnen zu antworten.

Der Führer sagt auf diesem Wege allen, die in diesen Tagen seiner in Treue gedacht und ihm ihre Zustimmung und besten Wünsche übermittelt haben, seinen herzlichsten Dank.

Erklärung des belgischen Ministerpräsidenten

Brüssel, 11. März. In der Kammer gab am Mittwoch Ministerpräsident van Zeeland die angekündigte Erklärung über die Haltung der belgischen Regierung zu der Lage ab, die sich für Belgien aus dem Memorandum der Reichsregierung vom 7. März ergeben hat.

Im Rahmen seiner Ausführungen über den Locarnopakt machte der Ministerpräsident die Mitteilung, daß die belgische Regierung im Einklang mit der französischen Regierung das französisch-belgische Militärabkommen vom Jahre 1920 einer Neuänderung unterzogen habe. Er gab einen Briefwechsel der beiden Regierungen bekannt, in dem festgestellt wird, daß die Vereinbarungen aus dem Jahre 1920 aufgehoben werden mit der Ausnahme der Bestimmungen, die die Aufrechterhaltung des Kontaktes der beiden Generalküden zur Ausführung der im Rheinpakt niedergelegten Verpflichtungen betreffen. Der neue Briefwechsel soll dem Völkerbund mitgeteilt werden.

Der Ministerpräsident verbreitete sich dann in ziemlich klaren, entschiedenen, aber jeder aggressiven Schärfe entbehrenden längeren Ausführungen über die Grundzüge der belgischen Haltung in dem Streit zwischen Deutschland und den Locarnomächten. In diesem Zusammenhang erklärte van Zeeland zu den Vorschlägen des Führers, daß darin Ideen enthalten seien, die einen konstruktiven Charakter hätten und die für Belgien von Interesse seien.

Immerhin müßten diese Anregungen unvollständig bleiben, auch wenn man alle Möglichkeiten, die darin enthalten seien, verwirklichen würde. Es müßten andere, leicht vorstellbare Anregungen hinzutreten, wenn man gewöhnliche und gerechte Kompensationen wieder finden wollte für die Verminderung der Sicherheit Belgiens, die die ständige Anwesenheit deutscher Soldaten in der bisher demilitarisierten Zone mit sich bringen würde. Das Problem sei durch den „Gewaltstreich“ Deutschlands kompliziert worden. Seine Lösung dürfe nicht eine Belohnung für die Verletzung von Verträgen darstellen. Deshalb müsse man das Mittel für die Wiederherstellung der internationalen Ordnung finden, und zwar auf einem geeigneten Wege, wobei man ganz im Rahmen der Wirklichkeiten bleibe und alle denkbaren Vorkehrungsregeln treffen müsse, um zu verhindern, daß die Ereignisse nicht der Herrschaft derjenigen entglichen, die sie leiten müßten.

Die vorherrschende Sorge der Staatsmänner in diesem Augenblicke müßte sein, alles zu tun, um nicht nur das gegenwärtige, sondern das künftige Kriegsrisiko zu vermindern und auszuschalten. Er habe bereits in den Pariser Besprechungen auf die Notwendigkeit hingewiesen, zwischen allen Staaten, die den Locarnovertrag unterzeichnet hätten, und die zu ihrem Worte ständen, eine vollständige Einheit des Handels, eine gemeinsame, feste und unerschütterliche Front aufrecht zu erhalten. Belgien sei entschlossen, vorbehaltlos an jeder Kollektivmaßnahme, an jedem Schritt und an jeder Haltung teilzunehmen, die gemeinsam von allen Locarnounterschreibern und ganz besonders von Frankreich und England ausgehen würden. Belgien bleibe auf dem Boden des Locarnovertrages so lange, als er nicht durch eine andere Konvention mit Zustimmung aller interessierten Parteien ersetzt werde.

Die Kabinettsitzung in London

London, 12. März. Das englische Kabinett nahm in seiner Sitzung am Mittwochabend einen ausführlichen Bericht des Außenministers Eden und des Lordsegelbewahrs Lord Halifax über die Pariser Besprechung entgegen. Anschließend erörterte das Kabinett, wie verlautet, die Lage im Hinblick auf die Konferenz der Locarnomächte am Donnerstag in London. Der parlamentarische Reuter-

Zur Verlegung der Völkerbundsraatsstagung nach London — „Mut ist das beste“

London, 11. März. Die „Times“ stellt fest, daß der plötzliche Wechsel des Völkerbundsverfahrens notwendigerweise zu Erörterungen Anlaß gebe. Ohne Zweifel werde aus der Verlegung der Ratssitzung nach London der Schluß gezogen, daß es sich in dem einen oder anderen Abschnitt der Verhandlungen als wünschenswert erweisen werde, eine klare Aussprache mit einem Vertreter Deutschlands zu haben, und daß es für diesen leichter sein werde, die Auffassung seines Landes in London darzulegen, als an einer Ratssitzung in Genf teilzunehmen. Die Wichtigkeit der Rolle, die notwendigerweise Großbritannien in der Aussprache zuzufallen, mache es außerdem wünschenswert, daß der britische Ministerpräsident in der Lage ist, selbst an der Aussprache teilzunehmen oder jedenfalls sofort für die Beratung zur Verfügung zu stehen.

Nach Auffassung der „Times“ habe Gladwin deutlich erklärt, daß Frankreich zunächst die Lage durch einen Meinungs-austausch klarzustellen wünsche. Keinerlei Entschleunigung werde dem Völkerbundsrat vorgelegt werden und keine Entscheidung werde vor der Zusammenkunft gefällt werden. Da die ganze Angelegenheit bereits von Frankreich und Belgien dem Völkerbund gemeldet worden sei und zwar in voller Kenntnis und mit Zustimmung der beiden Garantiemächte, so würde es ganz verfehlt sein, im voraus Beschlüsse zu fassen. Die Vertreter der vier Mächte würden an der Ratssprache teilnehmen, die den Ausführungen folgen werde, ohne durch irgend welche Entschleunigungen behindert zu sein. Es sei gut, daß man durch die Aussprachen in Paris und London Verständnis für die gegenseitigen Anschauungen habe. Die britische Haltung, so unterstreicht die „Times“, werde am Montag im Unterhaus genau festgelegt werden.

„Mut ist das beste“

Die englischen Blätter zu den Londoner Besprechungen

London, 11. März. Die Abendblätter beschäftigen sich ausführlich mit den bevorstehenden Londoner Besprechungen. Der „Star“ meint, es seien augenblicklich nur geringe Anzeichen dafür vorhanden, daß es zu einer vollständigen Einigung zwischen Paris und London kommen werde. Der diplomatische Mitarbeiter des Blattes hält es für möglich, daß die Sitzung des Völkerbundsrates in London 14 Tage dauern werde. Die Franzosen gingen selbstverständlich darauf aus, die Ratssitzung in einen Prozeß gegen Deutschland zu verwandeln. Unter derzeitigen Umständen würde Deutschland jedoch niemals in den Völkerbund zurückkehren; das gleiche treffe auf die Sanktionsfrage zu. Die Franzosen, die wohl zusammen mit Titulescu und Ruzarski die Inkraftsetzung von Sanktionen fordern würden, würden jedoch ihr Ziel niemals erreichen, da hierüber keine Einigung zustande kommen werde.

Unter der Überschrift „Kühnheit ist das beste“ schreibt das Blatt in einem Leitartikel: Die weitreichendste Lösung werde nicht nur die beste, sondern wahrscheinlich auch die am leichtesten erreichbare sein. In England wachse die Stimmung, daß Deutschlands Stellung, die der eines Sklavenstaates gleiche, nicht länger aufrecht erhalten werden dürfe. Es sei an der Zeit, eine Zukunft ins Auge zu fassen, in der Deutschland „mit allen seinen Fehlern“ wie andere Mächte behandelt werde.

Das Rothemere-Blatt „Evening News“ schreibt: Nur ein wirkliches Verstehen aller Fragen könne den Frieden in Europa herbeiführen. Juristische Spitzfindigkeiten nach Genfer Art und kleinliche Prüfungen dieser und jener Vertragsrechte würden die Lage nur verkomplizieren und nicht regeln. Ein solches Verfahren würde der Sowjetregierung sehr gefallen. Diese habe die Aufgabe, den westlichen Nationen nicht den Frieden, sondern

fortespondent meldet, das Kabinett habe sich bis zum Donnerstag vertagt, ohne irgendwelche Entscheidung zu treffen.

Auch der diplomatische Reuterfortespondent berichtet, daß eine endgültige Entscheidung der englischen Regierung über ihre Stellungnahme in den bevorstehenden Besprechungen noch nicht getroffen sei.

Englische Erklärung über die Pariser Besprechungen

London, 11. März. Kurz vor der Rückreise des Außenministers Eden von Paris nach London teilte ein Mitglied der britischen Abordnung einem Vertreter des Reuter-Büros folgendes mit:

„Obwohl in den Pariser Besprechungen mehr die Oberfläche der Probleme berührt worden ist, besteht das Gefühl, daß die Lage nicht ganz so kritisch ist und daß vielleicht eine Aussicht besteht, Verhandlungen mit Deutschland auf der Grundlage des Angebots Hitlers in die Wege zu leiten.“

Gladwin nach London unterwegs

London, 12. März. Außenminister Gladwin traf am Mittwoch um 22.15 Uhr REZ. mit seiner Begleitung in Folkestone ein und setzte seine Reise nach London fort.

Oberhausausssprache um Völkerbundsrevision

Regierung lehnt Revisionsantrag ab

London, 11. März. Das Oberhaus beschäftigte sich am Mittwoch mit einem Antrag des Lord Charnwood, in dem die Revision der Völkerbundschartung gefordert wurde.

das Schwert des revolutionären Kampfes zu bringen. Es sei bemerkenswert, mit welchem Eifer der sowjetrussische Botschafter dem englischen Außenminister mitgeteilt habe, daß seine Regierung Verhandlungen mit Deutschland entschieden ablehne. Es sei besser zu glauben, daß Hitler seinen Friedenswunsch ehrlich meine, und daß die Möglichkeiten für einen wirklichen Frieden in seinen im Reichstag vorgebrachten und in seiner Unterredung mit Ward Price weiter ausgearbeiteten Vorschlägen zu finden seien. Es sei Zeitverschwendung, lediglich zu erwähnen, daß infolge der Rheinlandbesetzung durch Deutschland von ihm unterzeichnete Verträge wertlos seien. Auch wäre es Zeitverschwendung, Deutschland aufzufordern, das Geschehene ungeschehen zu machen oder irgendwelche Entschuldigungen hervorzubringen.

Die Verhängung von Sanktionen gegen Deutschland sei ein idiotischer Gedanke, daß es keinen Wert habe, überhaupt darüber zu reden. Viel besser wäre es, von der Annahme auszugehen, daß kein Land sich an einen Vertrag halten werde, den es als eine fortwährende Beleidigung seines nationalen Stolz oder als eine Gefahrenquelle für seine Oberhoheit betrachte.

Europa könne nur mit Deutschland verhandeln, wenn es die Vorschläge des Führers in gutem Glauben annehme. Frankreich müsse einsehen, daß die Entsendung von Truppen nach dem Rheinland nicht als eine Bedrohung Frankreichs, sondern zur Wiederherstellung des deutschen Stolz bezweckt war. Frankreich solle daher von der Annahme ausgehen, daß Deutschland keine Forderungen mehr an Frankreich zu stellen, und daß es keine Angriffsabsichten hat. Tatsächlich habe Frankreich keine andere Wahl, als in diesem Geiste zu verhandeln, wenn es einen wirklichen Frieden mit Ehren und nicht einen unruhigen Frieden wünsche.

„Evening Standard“ hebt in einem Leitartikel hervor, aus der Unterredung des Führers mit Ward Price gehe hervor, daß Deutschland keine Forderung mehr an Frankreich zu stellen habe und nicht daran denke, es anzugreifen. Das Blatt schreibt weiter, Befürchtungen, es werde zu einem französisch-britischen Bündnis im Rahmen des Locarnovertrages kommen, seien unbegründet. Die öffentliche Meinung Englands würde ein solches Bündnis ablehnen, selbst wenn einige Regierungsmitglieder es wünschten.

Die Londoner öffentliche Meinung zu den französischen Forderungen

Paris, 11. März. Der Sonderberichterstatter des „Paris Soir“, Bertrand de Jouvenel, meldet seinem Blatt aus London, daß dort die französischen Forderungen eine ziemlich heftige Rückwirkung in der öffentlichen Meinung gegenüber Frankreich ausgelöst hätten. Der französische Standpunkt werde nicht gut verstanden und man vergleiche die heutige Haltung Frankreichs mit der, die es 1923 bei der Ruhrbesetzung eingenommen habe. Die Beurteilung der Politik des Reichskanzlers dagegen sei durch die Erklärungen, die er Ward Price gegenüber abgegeben habe, sehr viel günstiger geworden.

Eben Fortesponder der Locarnokonferenz in Berlin?

London, 11. März. Möglicherweise wird Außenminister Eden, wie Press Association meldet, den Vorstoß über die Donnerstagssitzung der Locarnomächte übernehmen. Sollte jedoch der Konferenz Ministerpräsident Baldwin beiwohnen, der i. Zt. zusammen mit Sir Austen Chamberlain den Locarnopakt für England unterzeichnete, dann werde Baldwin Konferenzvorsitzender sein.

Die Sitzung wird nicht im sogenannten Locarnoraum des Foreign Office stattfinden, sondern in dem kleineren allen Kabinettsraum. Der Zeitpunkt für die Eröffnung der Konferenz am Donnerstag ist bisher noch nicht festgelegt. Die Sitzung wird jedoch voraussichtlich um 17 Uhr REZ. beginnen.

Der Antrag sprach sich im besonderen für eine Befreiung bedingungsloser Garantien für die gebietsmäßige Unverletzlichkeit und politische Unabhängigkeit von Mitgliedsstaaten sowie für die Befreiung aller Völkerbundsverpflichtungen zur Durchführung der Sanktionen mittels irgendwelcher Sühnemassnahmen aus. Lord Lansfield erklärte im Verlauf der Aussprache, daß ein Völkerbund, dem die Vereinigten Staaten, Deutschland, Japan und Brasilien nicht angehören, nicht als ein wirklicher Völkerbund betrachtet werden könne. Viele Länder betrachteten den Völkerbund lediglich als ein Mittel zur wirksamen Wahrung ihrer eigenen Interessen. Das Niedererschütterndste, was gegen die Genfer Einrichtung vorgebracht werden könne, sei, daß der Völkerbund nur noch als ein Werkzeug für die Aufrechterhaltung des Status quo von 1918 betrachtet würde.

So lange das der Fall sei, müsse dem Völkerbund das größte Mißtrauen, ja sogar Abneigung von denjenigen Staaten entgegengebracht werden, die unter den Friedensverträgen zu leiden hätten. Lord Lansfield übte im weiteren Verlauf seiner Ausführungen Kritik an der Wiederbesetzung des Rheinlandes durch deutsche Truppen. Die etwaige Ergreifung von Sühnemassnahmen gegen Deutschland würde aber einen bedauerlichen Fehler bedeuten, da sie Deutschland in seiner Ablehnung aller ausländischen Einmischung bestärken und darüber hinaus zu einer neuen Veranrufung führen würde.

Der Bischof von London Dr. Ingram sprach davon, daß Deutschland eingekreist sei und daher immerhin einigen Grund für die Vertretung seines Standpunktes habe, nicht länger am Locarnovertrag festhalten zu wollen. Ob recht oder unrecht stehe hier nicht in erster Linie zur Debatte, notwendig sei es aber, daß England auf das feste und ehrenhafte Angebot eines 25jährigen Friedens eingehe. Die englische Regierung könne es nicht zulassen, daß Frankreich den von Deutschland gereichten Delzweig fortwerfe.

Der Vertreter der Arbeiteropposition Lord Arnold sagte, man habe in den letzten Tagen viel von Vertragsbrüchen gehört. Tatsache sei, daß alle Nationen Verträge gebrochen haben, Eng-



land habe den Art. 16 verletzt und der Vertrag von Locarno sei ganz besonders von Frankreich gebrochen worden. Frankreich habe nicht abgerufen; im Gegenteil, seit Locarno wurde das Rüstungstempo nur noch beschleunigt. Er hoffe, daß die Ereignisse des Wochenendes eine Sehenswürdigkeit erleichtern werde. Der Völkerbund sei von Anfang an stark behindert gewesen, weil er mit Versailles so sehr verquirit wurde. Um einflußreich in der Welt zu sein, müsse ein neuer Völkerbund geschaffen werden, der sich auf gerechte Verträge stütze.

Der Unterstaatssekretär im Außenministerium Lord Stanhope, der für die Regierung antwortete, erklärte, es sei völlig zutreffend, daß der Völkerbund weit davon entfernt sei, das zu sein, was man von ihm erhofft hatte. Die englische Regierung sei sich der Gefahr bewußt, die die Mitgliedschaft im Völkerbund mit sich bringe. Die Möglichkeit, in einen Krieg oder ein solches Borgehen hineingezogen zu werden, bestehe ohne Zweifel. Eine kollektive Sicherheit ohne kollektive Verpflichtungen sei aber undenkbar.

Nach Ansicht der Regierung lohne es sich aber, diese Gefahren zu kaufen, da die kollektive Sicherheit eine beträchtliche Unterstützung für England mit sich bringe und ein großes Maß militärischer Kraft im weiteren Sinne gebe, falls England von einer anderen Nation angegriffen würde. Die englische Regierung unterstütze den Völkerbund in seiner gegenwärtigen Form, weil sie die großen englischen Besitzungen und Kolonien, die von anderen Nationen begehrt würden, sichern wolle.

Nach dieser abschließenden Regierungserklärung wurde der Antrag auf Revision der Völkerbundsatzung zurückgezogen.

Schon im Februar Abnahme der Arbeitslosigkeit

Berlin, 11. März. Der Februar brachte den Abschluß der winterlichen Belastung des Arbeitsmarktes. Die Zahl der Arbeitslosen nahm nach den Berichten der Arbeitsämter um rund 5000 auf 2 518 000 ab.

Die winterliche Zunahme in der Jahreswende 1935/36 betrug somit 814 260 gegenüber 705 887 im Vorjahr. Trotz des weitestgehenden Einflusses von Arbeitsträften im Baugewerbe und den anderen Außenberufen, der zwangsläufig bei winterlichen Wetter durch die Stilllegung der Arbeiten zu größerer Entlastung und steigender Arbeitslosigkeit führt, und trotz des ungünstigeren Witterungsverlaufs in diesem Winter mit seinen mehrmaligen Kälteeinbrüchen und der unbekanntlichen und teils sehr heißen Witterung, war die Belastung nur unwesentlich stärker als im Vorjahr, in dem der Arbeitseinsatz durch eine besonders milde und gleichmäßige Witterung begünstigt war. Die Besserung des Arbeitseinsatzes ist nach der Februarentwicklung unverkennbar, wenn auch durch den unterschiedlichen Witterungsverlauf die Entwicklung in den einzelnen Teilen des Reiches noch uneinheitlich war.

Vom Kriegsschauplatz

Italienische Bomben im Tazaze-Gebiet

Addis Abeba, 11. März. Ein italienisches Bombengeschwader überflog am Dienstag an der Nordfront die Gebiete längs des Tazaze-Flusses. Beim Rückflug zum Flugplatz wurde der Ort Dezenze mit Bomben belegt. Die Stadtverwaltung von Addis Abeba hat angeordnet, daß sämtliche Benzinvorräte in der abessinischen Hauptstadt nach außerhalb gebracht werden sollen, um bei einem Bombenangriff die Feuergefahr zu verringern, die bei der leichten Bauweise sämtlicher Häuser besonders groß ist.

Weitere Reichsmittel für den Umbau von Wohnungen

Berlin, 11. März. Der Reichsarbeitsminister hat für die Teilung von Wohnungen und den Umbau sonstiger Räume zu Wohnungen einen weiteren Betrag von 5,7 Millionen RM zur Verfügung gestellt. Er hat dabei darauf hingewiesen, daß bei der Verteilung der Mittel die allgemeinen Grundzüge der Wohnungspolitik berücksichtigt werden müssen. Darnach ist ausschließlich die Erstellung von Klein- und Mittelwohnungen zu fördern, die für die in der ersten Hälfte des Jahres des Volkes in Frage kommen. Eine Zuzuhilfenahme durch die große Wohnungen geschaffen werden, würde diesem Grundgedanken widersprechen. Andererseits dürfen aber auch nicht primitiven Wohnungen gefördert werden, die vom wohnungspolitischen Standpunkt aus abzulehnen sind. Bei derartigen Nachfragen nach mittleren und kleinen Wohnungen sollen Reichszuschüsse für die Teilung solcher Wohnungen nicht gegeben werden.

Ruhrbergbau dankt dem Führer

Essen, 11. März. Der Leiter der Reichsbetriebsgemeinschaft Bergbau, Pader, und der Leiter der Bezirksgruppe Ruhr der Fachgruppe Steinkohlenbergbau, Dr. Brandt, haben gemeinsam an den Führer und Reichskanzler folgendes Telegramm geschickt:

„Die Bergleute an Ruhr und Rhein, Unternehmungen und Bergbau danken dem Führer aus vollem Herzen für die unermüdete Befreiung ihres Lebensraumes von den Fesseln des Versailles-Diktates, unter dessen Folgen sie während der Ruhrbelegung schwere Opfer an Blut und Gut erdulden mußten. Seit mehr als 17 Jahren jedem fremden Zugriff preisgegeben, geloben sie heute in dem Gefühl des Schutzes und der Geborgenheit unter der wiederkehrenden hohen Wehr des Reiches mehr denn je dem Führer Einigkeit und Gehorsam.“

Dampfer „Stuttgart“ im Ostendienst

Bremen, 11. März. Auf dem Lloyd-Dampfer „Vorsdam“ brach in der Nacht zum Mittwoch bald nach seiner Ausreise nach dem Fernen Osten im Maschinenraum ein Feuer aus, das sofort mit Vordammmitteln bekämpft und nach kurzer Zeit von der Besatzung gelöscht wurde. Wie vom Norddeutschen Lloyd mitgeteilt wird, wird die „Vorsdam“ in Bremerhaven überholt. Die Reife des Schiffes nach Ostasien wird der Dampfer „Stuttgart“ ausführen.

Aus Stadt und Land

Altensteig, den 12. März 1936.

Alle hören heute den Führer!

Am Donnerstag, den 12. März, abends 8 Uhr, spricht der Führer bei einer Großkundgebung in der neuen Friedensgarnisonstadt Karlsruhe; die Rede wird auf den Reichssender Stuttgart übertragen. Alles hört deshalb am Donnerstag abend am Rundfunk den Führer. Die Stadtleiter haben in Zusammenarbeit mit den Ortsgruppen-Propaganda- und Ortsgruppen-Funkstellenleitern dafür zu sorgen, daß es jedem Volksgenossen ermöglicht wird, die Übertragung dieser Kundgebung mit anzuhören.

Vollgenossen! Zeigt in diesem Sinne Gemeinschaftsgefühl, indem Ihr die Volksgenossen, die kein Radio zu Hause besitzen, zu Euch in Eure Wohnung einladet. Außerdem ist in allen Gasthöfen und auf öffentlichen Plätzen die Übertragung zu hören. Gerade für uns schwäbische Menschen, die wir im südwestdeutschen Gebiet nahe der Grenze unseres Vaterlandes leben, wird diese Rede unseres Führers von besonderer Bedeutung sein.

Amthliches. Der Oberwaldmeister Beck beim Straßen- u. Wasserbauamt Calw wurde zum Bauinspektor ernannt.

Die erste evangelisch-theologische Dienstprüfung haben im Februar d. J. mit Erfolg erstanden: Ulrich Bach, teiler von Nagold; Kurt Daniel von Löffelau; Ernst Hager von Simmozheim; Adolf Keller von Calw; Friedrich Martini von Tumlingen; Walter Warth von Mitteltal; Kurt Witt von Bad Liebenzell.

Die Konfirmation verlegt. Nach einem Rundschreiben des Evang. Oberkirchenrats an die Dekanatsämter wird im Einvernehmen mit den zuständigen Stellen von Stadt und Partei im Hinblick auf die am 29. März stattfindende Reichstagswahl die Konfirmation auf den Palmsonntag, 5. April, verlegt. Dagegen verbleibt es in den Gemeinden mit mehreren Konfirmationen (z. B. Stuttgart) bei dem bisherigen Termin, dem 22. März. Ebenso kann die Konfirmation in Gemeinden, in denen die Verlegung besonderen Schwierigkeiten begegnen würde, mit Zustimmung des Dekanatsamtes am 22. März gefeiert werden.

Landwirtschaftsschule Nagold. Die morgige Schlußprüfung findet nicht, wie angekündigt, um 3 Uhr, sondern um 2 Uhr statt.

Herzogsweiler, 11. März. (Die Hand in der Kreislage.) Der 78jährige arbeitame Johannes Theurer von hier erlitt am Montagfrüh einen Anfall. Als er seinem Sohn, dem Rechenmacher Martin Theurer, beim Holzsägen auf der Kreislage behilflich war, brachte er seine rechte Hand in die Kreislage. Die Verletzungen waren so schwer, daß der Bedauernswerte in das Kreis-Krankenhaus eingeliefert werden mußte, wo ihm drei Finger vollständig abgenommen wurden.

Glatten, 11. März. (80. Geburtstag.) Am Dienstag feierte in körperlicher und geistiger Frische Schneidermeister Andreas Herd Breuth seinen 80. Geburtstag. Durch den Weltkrieg hat er zwei hoffnungsvolle Söhne verloren.

Fredensstadt, 11. März. (Konfirmation am 5. April.) Wie das Dekanatamt schreibt, findet die Konfirmation in Fredensstadt wegen der Reichstagswahl statt wie vorgehen am 29. März, erst am 5. April statt.

Fredensstadt, 11. März. (Von den Geflügelzüchtern.) Am letzten Sonntag hielt die Kreisfachgruppe Fredensstadt im Reichsverband deutscher Kleinierzüchter, Fachschaft Ausstellungen Geflügelzüchter, ihre Hauptversammlung im Gasthaus zum „Salmen“ ab, welche gut besucht war. Vorstand Memminger erläuterte einen ausführlichen Bericht über die Vereinsaktivität im letzten Jahre. Nachdem nunmehr die Neugliederung der Organisation der Kleinierzüchter durchgeführt ist, sollte auch in Zukunft, wie überall im Reich, in unserem Kreis die Geflügelzucht neuen Antriebs erhalten. Eine Ausstellung fand zwar im letzten Jahre in unserem Kreise nicht statt. Dafür konnten aber mehrere Züchter auf der Reichschau in Stuttgart recht gute Erfolge erringen. Auch für das laufende Jahr konnte sich noch keiner der angeschlossenen Vereine entschließen, die Kreischau zu übernehmen; jedoch werden die Bemühungen fortgesetzt, um eine Ausstellung im Winter zustande zu bringen. Da der selbsterhaltende langjährige Vorstand aus beruflichen Gründen sein Amt niederlegte, wurde Hermann Gailer, Fredensstadt, gewählt. Aus Mitteln der Kreisfische wurde die Verlosung von sechs Duzend Bruteiern vorgenommen und so den Gewinnern die Aussicht guter Kaskette erleichtert.

Neuweiler, 11. März. (Verpflichtung der Amtsträger des RKB.) Bekten Montag versammelten sich im großen Saal der Gemeinde Neuweiler rund 100 Männer und Frauen, um als Amtsträger des Reichsleistungsbundes verpflichtet zu werden. Bürgermeister Hanselmann machte sie zunächst mit den wesentlichen Bestimmungen des Reichsleistungsbundes vertraut, worauf der Kreisführer des RKB, Kreisbau- meister H. Kiderer, Calw, die Anwesenden in klaren Worten in ihre Aufgaben und Pflichten als Amtsträger des RKB, einführte. Anschließend sprach H. Dr. Haller in einem ausgezeichneten Schulungsbeitrag über den zivilen Leistungsbund, um schließlich in großen Zügen alle wesentlichen Ziele und Aufgaben der kommenden Zeit klar herauszustellen. Mit der letzten Zielsetzung: dem Hinweis auf den 29. März, schloß der Redner seine trefflichen Ausführungen. Der reiche und aufrichtige Beifall machte ihm keine Mißstimmung: Hundert Menschen werden aus Überzeugung dafür kämpfen, daß in Neuweiler am 29. März jeder seine Pflicht erfüllt und unserem Führer seinen Dank erstatte.

Horb, 11. März. (Verkauf der Landw. Bezugs- und Abhängenossenschaft.) Die Landw. Bezugs- und Abhängenossenschaft Horb ging an die Kaufstelle AG Stuttgart käuflich über, und zwar, wie man erzählt, um den Kaufpreis von 45 000 RM. Der Kaufvertrag tritt am 1. Juli 1936 in Kraft. Die Kaufstelle übernimmt die wie bisher üblichen Verpflichtungen gegenüber den Landwirten des Bezirks. Verkauft wurde der gesamte Geschäftsbetrieb der Genossenschaft und ihrer am Bahnhof Horb und Eutin- gen gelegenen Lagerhäuser. Diese werden die Lagerhäuser von Redarhäusern und Halterloch als Nebenlager zugeteilt.

Bekanntmachungen der NSDAP.

Partei-Organisation

Ortsgruppe Altensteig

Jeder Parteigenosse hört die Übertragung der Rede des Führers aus Karlsruhe. Jeder Parteigenosse laßt die Nachbarn, welche kein Radio besitzen, zum Mithören ein, wenn er ein Radiogerät besitzt.

Die Pol. Leiter, Walter und Barte, sowie die Führer der Gliederungen kommen heute abend ohne Ausnahme im Parteihaus zusammen um 19.55 Uhr.

Stellv. Ortsgruppenleiter.

NSDAP, Abteilung Kasse, Kreis Nagold

Sämtliche Pp. vom Kreis Nagold mit den Buchstaben D, F, G, H einschließlich, geben an ihren zuständigen Kassenleiter ihre rote Mitgliedskarte zur Ausstellung des Mitgliedsbuches ab, sowie alle erhaltenen Beitragsmarken, 2 St. Vorkasse, mit Namen, Eintritt, Wirtl.-Nr. und Geb.-Tag versehen, und 1 RM. für Ausstellungsgelühren. Termin 1. April 1936.

Der Kreisrevisor.

Kreispropagandaleitung Fredensstadt

Die Hohensträger der Ortsgruppen und Stützpunkte haben bis spätestens 12. d. M. Vollzugsmeldung über Neugründung der Arbeitsgemeinschaft für Schadenverhütung hierher einzusenden.

Partei-Amtar mit beurlaubten Organisationen

NSDAP, Ami für Beamte, Kreis Nagold

Erholungswerk des Deutschen Volkes

In den nächsten Tagen werden die NSB-Mitglieder und die SA für das Erholungswerk 1936. Die Beamtenschaft vom Kreis Nagold bitte ich, keinen Bewerber abzuweisen, wenn es irgendwie möglich gemacht werden kann, ein Kind, einen alten Kämpfer oder sonst einen Erwachsenen in seinen Haushalt aufzunehmen, oder wenigstens einen Beitrag zu geben. Die Beamten vom Kreis Nagold beweisen in diesem Jahr noch härter, daß sie als Organe des nationalsozialistischen Staates bereit sind, vorbildliches zu leisten. Wo kein Bewerber vorfindet, wende man sich an die örtliche NSB und verlange von dort eine Karte.

Die Ortsgruppenamtsleiter, Kreisfachschaftsleiter und Vertrauensmänner beschaffen sich von der örtlichen NSB die notwendigen roten und weißen Karten zur Werbung bei ihren Berufsamerikaden. Termin 1. April 1936.

Der Kreisamtsleiter.

Die Deutsche Arbeitsfront

Die Orts-, Zellen-, Block- und Betriebsämter werden hiermit ersucht, die DA (Deutsche Angestellten-) Mitgliedsbücher und -Karten sobald als möglich einzuziehen. Auf jeden Fall muß der Einzug bis spätestens 25. ds. Mts. erfolgt sein.

Berwaltungsstelle Nagold.

Hj., IV., BdM., JM.

BdM. in der HJ, Standort Altensteig

Wir find heute punkt 20.00 Uhr im oberen Schulhaus, Hand- arbeitsaal.

Die Standortführerin.

Unterbannführung II/126

Befehl an alle Einheiten. Die Hitler-Jugend besucht im Laufe des kommenden Sonntags geschlossen jeweils gesellschafterweise die Ostland-Ausstellung. Die Gesellschafterführer bzw. BdM.-Gruppenführerinnen voranzuführen sofort das Nötige. Das Jungvolk und die Jungmädels besuchen die Ausstellung am Staatsjugendtag.

Stuttgart, 11. März. (Straßenperre.) Mit der Eröffnung der Straße Söckheim-Kallental wurde am Mittwoch begonnen. Der Polizeipräsident hat daher den Durchgangsverkehr für Fahrzeuge alle Art zwischen Söckheim und Kallental auf die Dauer der Umbauarbeiten, die etwa 5-6 Monate in Anspruch nehmen, verboten. Die Umleitung des Fahrverkehrs von und nach Balingen-Wiblingen erfolgt über Degerloch-Möhringen-Balingen oder Schattendreieck-Balingen.

Zungzug 2 - Normalfilm. Der erste Spielfilm der schwäbischen Hitlerjugend ist fertiggestellt. In diesen Tagen trafen aus Berlin die Jenaratergebnisse für den neuen Jungvolkspielfilm „Zungzug 2“ ein, der im vergangenen Sommer durch das Referat Film in der Abteilung Presse und Propaganda des Gebiets auf der offiziellen Insel Lagoosog und in Stuttgart gedreht worden ist. Die Reichsjugendführung zensierte „Zungzug 2“ mit „besonders wertvoll“ und die Filmoberprüfstelle der Reichspropagandaleitung hat dem Bildstreifen das Prädikat „volksbildend“ verliehen. Am 22. März soll die Uraufführung im Universum Stuttgart stattfinden. Dieser erste Spielfilm der schwäbischen Hitlerjugend schildert das Werden eines Junauas.

Kornweilheim, 11. März. (Einbruch.) In der Nacht am Montag wurde in Kornweilheim in einem Kolonialwarengeschäft eingebrochen und die Ladenkasse mit 60 RM Inhalt entwendet. Weiter wurde in der gleichen Nacht in einer Metzgerei in Kornweilheim ein Einbruch verübt. Der Täter wurde dabei gefolgt. Ferner wurde einige Tage vorher in einem Baderladen eingebrochen und die Geldkassette im Betrag von etwa 140 RM gestohlen.

Braunsheim, O. A. Geislingen, 11. März. (An einem Baum gedrückt.) Am Montag führte ein 17jähriger Dienstknecht ein Füllen spazieren, das plötzlich wild wurde, auf seinen Betreuer losging und ihn an einen Baum drückte. Mit Klauenquetschungen und einer Darmverletzung mußte der Dienstknecht ins Kreis-Krankenhaus verbracht werden.

Vom Bodensee, 11. März. (Der älteste Bodensee- Kapitän gestorben.) Der weltbekannte Bodensee-Kapitän und Veteran der Bodensee-Dampfschiffahrt, Georg Reich-Lindau, ist an den Folgen eines Schlaganfalls im 98. Lebensjahr gestorben. Mit Reich ist der letzte Zeuge aus dem Anfang der bayerischen Bodenseedampfschiffahrt dahingegangen.

Tübingen, 11. März. (Kleinwohnungen.) Ein großzügiges Bauprogramm wurde in einer Beratung mit den Reichsherren endgültig verabschiedet. Gemäß der Reichsgrundzüge für den Kleinwohnungsbau werden nun auch in Tübingen auf Markung Derendingen entlang der Steinlach, in der Nähe des dortigen Sportplatzes, 30 Kleinwohnungen erstellt. Die einzelne Siedlung soll höchstens 5000 RM. kosten.



Motorenlärm in Kurorten

Vom Gau 11 des Deutschen Automobil-Clubs geht uns eine Zuschrift zu, die wir uns freudiger veröffentlichen, als damit auch die Zustände in Nagold und Altensteig berührt und gemeint sind.

Aufruf an alle Kraftfahrer und Verkehrsteilnehmer!

Die Geschwindigkeitsbeschränkung für Kraftfahrzeuge ist zur Freude aller Kraftfahrer endlich gefallen. Dies wird jedoch von einem Teil kraftfahrender Volksgenossen so aufgefaßt, daß sie glauben, nun einfach rücksichtslos drauf losfahren zu können.

Wenn die neuen Verkehrs-Gesetze dem Kraftfahrer eine ganze Reihe von Freiheiten einräumten, so wollten sie damit jedoch auch gleichzeitig das Verantwortungsbewußtsein in jedem Einzelnen stärken und zum Verantwortungsbewußtsein gehört ganz selbstverständlich, daß man in den engen Sträßchen unserer heimatlichen Tal-Dörfer, und insbesondere unserer Kur- und Badeorte, vernünftig und vorsichtig fährt.

Der Deutsche Automobil-Club und das NSKK, denen die Einhaltung von sportlichem Anstand und Verkehrs-Disziplin höchste Aufgabe ist, können mit Stolz darauf hinweisen, daß 98 Prozent aller Verkehrsübenden außerhalb ihrer Reihen stehen. Diese beiden Organisationen können aber auch gleichzeitig erklären, daß sie mit diesen 98 Prozent rücksichtslosen Verkehrsübenden nichts zu tun haben wollen, sondern im Gegenteil, den Behörden beifällig sein werden, brutale Fahrer einer gerechten Bestrafung zuzuführen. Unter „brutal“ versteht der anständige Kraftfahrer eine rücksichtslose Raserei durch enge Ortschaften und ebenso eine rücksichtslose, höchst unnötige Lärmerei.

Es ist also eine ausgesprochene Unamständigkeit, wenn ein Kraftfahrzeug, gleichgültig ob Motorrad, Personenzug oder Lastfahrzeug, in den Ortschaften von Schwarzwalddörfern nächstlicher weile hindurchdonnert und die Nachtruhe in größtmöglicher Form stört. Mit einem kleinen Schuß sportlicher Anständigkeit läßt sich jedes Kraftfahrzeug, gleichgültig welcher Gattung, sei es bei Tag oder Nacht, durch eine Ortschaft und durch den Verkehr leiten, ohne seinen Mitmenschen auf die Nerven zu fallen. Wo diese Rücksicht nicht geübt wird, liegt eben gewollte Rücksichtslosigkeit vor und diese zu bekämpfen, ist eine Aufgabe, bei der die Ortopolizei und Landjägerchaft Unterstützung des DVAC und NSKK finden. Die Verkehrsübenden, die den Volkseigenen bauernd die größten Sorgen bereiten, sind nachweislich gerade jene Elemente, denen die Erziehungsarbeit im DVAC und NSKK nicht paßt, und die deshalb keinen der beiden Organisationen angehören.

Der größte Förderer unserer Kraftfahrt, der oberste Führer, hat die Disziplinierung des Kraftfahrwesens in die Hände genannter beiden Organisationen gelegt und diese sind nicht gewillt, die in ihren Reihen geübte Disziplin durch die sog. „wilden Fahrer“ gefährdet zu sehen, sondern diesen Schwarzhornern der Landstraße wird von nun ab besonders auf die Finger gesehen.

Vom Oberamt wird uns zu diesem Aufruf noch mitgeteilt, daß die Verkehrs-Disziplin im Kreis Nagold in der letzten Zeit erfreulicher Weise eine bessere geworden ist. Es wird der Erwartung Ausdruck gegeben, daß diese Besserung auch in Zukunft anhält. Diejenigen Kraftfahrer, deren Verhalten immer noch einen derartigen Aufruf erforderlich macht, mögen sich bei dieser Gelegenheit noch einmal gefaßt sein lassen, daß künftig gegen sie mit allen der Behörde zur Verfügung stehenden Mitteln vorgegangen werden wird. Es muß endlich eine solche Verkehrs-Disziplin aller Fahrer erreicht werden, die im Interesse der Volksgenossen unbedingt notwendig ist.

Gestorben

Bad Liebenzell: Anna Haas geb. Warfter.
Daslach: Johann Georg Haas, Kocher, 88 J. a.

Filmvortrag

„Deutschland zur Luft“

ist morgen Freitag abend 8 Uhr.

Heute abend hört alles die Rede des Führers bei Bekannten, Verwandten und Nachbarn an.

Gemeinde Eitmannweiler.



Freihändiger Stammholz-Verkauf

Die Gemeinde verkauft nachstehende

9 Lose Forst- und Lannenstammholz

Los I Forst ca. 19 Fhm.	
II	56
III	24
IV	23
V Nichten und Lannen ca. 22 Fhm.	
VI	236
VII	174
VIII	84
IX	240

Schriftliche Angebote sind bis spätestens Samstag, den 14. März 1936, nachmittags 4 Uhr auf dem Rathaus abzugeben. Der Bürgermeister.

Moden-Alben

Frühjahr/Sommer 1936

Elite	2.50
Favorit-Modenalben	—,95
Lyon Modenalben	1.50
Konfirmation und Kommunion (Lyon) über 100 Mod. für Knaben u. Mädchen 1.— zu haben in der	

Buchhandlung Lauk, Altensteig.

Gauleiter Murr eröffnet den Wahlkampf

Kreisleitertagung im Württ. Landtag

Stuttgart, 11. März. Im Sitzungssaal des Württ. Landtags fand die Eröffnung des Wahlkampfes in Württemberg statt. Gauleiter Murr leitete die Tagung ein und umriß anschließend kurz die Aufgaben der kommenden Wochen bis zum 29. März. Alle größeren Tagungen fallen aus, werden verschoben oder in die Wahlpropaganda eingegliedert. Ferner werden in dieser Zeit keine Mitgliederberatungen der Partei oder ihrer Gliederungen stattfinden. Der Wahlkampf wird bis in die kleinsten Einzelheiten durchorganisiert. Der Gauleiter ist die Stütze dieses Wahlkampfes. Unter der Führung des zuständigen Hobeitsträgers müssen die Männer der SA, SS, NSKK, DNJ, und die Mitglieder der Frauenschaft eingesetzt werden. Auch die SA steht zu seiner Verfügung. Der Gauleiter wird auf einer Fahrt durch Schwaben Versammlungen auch an kleineren Orten abhalten, während der Stellvertretende Gauleiter eine Fahrt durch die nördlichen Teile des Landes unternimmt. In Stuttgart werden in zwei Großkundgebungen der Stellvertreter des Führers Rudolf Heß und Reichsminister Göring sprechen. Den Höhepunkt des Wahlkampfes werden in den letzten Tagen vor der Wahl die großen Appelle des Führers an das deutsche Volk bilden.

Der Stellvertretende Gauleiter appellierte an die Verantwortung der einzelnen Amtsleiter. Er verpflichtete jeden einzelnen Parteigenossen zum Einsatz für die Propaganda zur Wahl. Der Heß, Gauleiter schloß seine Rede mit dem Hinweis auf die Größe der geschichtlichen Stunde, in die der Führer uns gestellt hat.

Von Beifall begrüßt, ergriß Gauleiter und Reichsstatthalter Murr das Wort. Er schilderte die Begeisterung jedes Einzelnen, der die historische Stunde im Reichstag miterleben durfte. Der 29. März wird ein Meilenstein am Wege um die deutsche Zukunft darstellen. Wenn in früheren Wahlkämpfen der Hof der Parteien aufgebracht ist, so wird der kommende Wahlkampf das deutsche Volk unter einen Willen, unter ein Ziel und in eine Richtung zwingen. Das Kleinliche wird ausgeschaltet werden, das Große steht zur Entscheidung. Wir appellieren an das Gewissen jedes erlebenden, anständigen deutschen Menschen, daß er in aller Verantwortlichkeit der großen geschichtlichen Stunde gerecht wird. So gibt es am 29. März nur eine Parole, nämlich: das Vertrauen dem Führer. Wenn es zu allen Zeiten Vorrecht der Schwaben gewesen ist, an erster Stelle zu stehen, so kämpfen und die Reichsstatthalter zu tragen, so soll auch diese Wahl erweisen, daß es keinen besseren Gau in Deutschland gibt als den württembergischen. So gehen wir, so schloß der Gauleiter unter dem Beifall seiner Parteigenossen, in den Kampf mit dem Bewußtsein, wir werden das Schicksal zwingen.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Lord Beatty 7. Admiral Beatty ist in London gestorben. Lord Beatty war 85 Jahre alt und seit mehreren Wochen krank. Im Krieg war er an den Seelämpfen mit der deutschen Flotte führend beteiligt.

Der Oberbefehlshaber der Kriegsmarine, Admiral Raeder, hat den Marineattaché in London, Kapitän zur See Wagner, beauftragt, dem ersten See-Lord sein und der deutschen Kriegsmarine Beileid zum Ableben des Großadmirals Carl Beatty auszusprechen.

Strafgericht eines Raubmörders in Danzig. Der Danziger Oberstaatsanwalt gibt durch Anschlag bekannt, daß der

63jährige Mörder Johannes Gregorowski am Mittwoch früh in der Danziger Strafanstalt hingerichtet worden ist. Gregorowski war wegen Raubmordes an der Witwe Küdiger zum Tode verurteilt worden.

Balkoneinsturz bei einem Hausumbau. Bei einem Hausumbau ereignete sich in Hamburg ein schweres Unglück. Aus bisher unbekanntem Ursachen löste sich plötzlich der Balkon des zweiten Stockwerkes und stürzte auf den darunter liegenden Balkon. Auf diesem befand sich ein Bauarbeiter, der durch die herabfallenden Trümmer tödlich verletzt wurde.

Reicher Kindersegen. In der Universitätsfrauenklinik in Würzburg konnte dieser Tage Frau Agnes Neuhengsch aus Döblingen von Drillingen entbunden werden. Die glückliche Mutter hat schon zweimal Zwillinge geboren und kann nunmehr zehn lebende Kinder ihrer eigenen nennen.

Konfirmanden 1936

Altensteig-Dorf

Knaben: Friedrich Hartmann, Rudolf Luz, Friedrich Kern.

Mädchen: Lina Bayer, Maria Schwan.

Egenhausen

Knaben: Georg Brenner, Gotthilf Hammer, Hans Hammer, Otto Hammer, Fritz Haufer, Willi Kalmbach, Ernst Volz, Fritz Volz, Jakob Wadenhuber, Hermann Walz.
Mädchen: Frida Brenner, Anna Chret, Maria Hammer, Karoline Heintel, India Kopp, Martha Kauschenberger, Paula Kieger, Lina Kuskowski, Maria Weller, Käthe Wolf, Maria Warfter.

Ehhausen

Knaben: Wilhelm Beutler, Hans Wader, Gotthilf Dengler, Emil Glaz, Eberhard Schötle, Gerhard Wiedmaier, Karl Spieß, Fritz Wader, Hermann Kentschler, Wilhelm Dengler, Karl Kalmbach, Karl Busler, Wilhelm Kempf.

Mädchen: Willi Klink, Frida Kempf, Anna Dengler, Maria Lohholz, Elise Ziesle, Maria Schilling, Frida Bachmann, Emilie Haufer, Luise Härter, Maria Armbruster, Emilie Keng.

Kommunikanten

Knaben: Max Müller, Erich Weigert.

Letzte Nachrichten

Überflüssige Prüfung überflüssiger Vorlesungen. Paris, 11. März. Der Heeresauschuß der Kammer beschloß, eine Abordnung an die Nordostgrenze zu entsenden. Sie soll sich von den getroffenen Sicherungsvorkehrungen überzeugen.

Die englische Zivilliste

London, 11. März. Im Unterhaus wurde eine Botschaft König Eduards verlesen, in der um die Erneuerung der Zivilliste ersucht wird. Ein Abschnitt der Rgl. Botschaft, der beträchtliches Aufsehen unter den Abgeordneten hervorrief, lautete: Seine Majestät wünscht, daß die Möglichkeit seiner Verheiratung berücksichtigt wird. Eine unternehmungslustige Abendzeitung stellt bereits die Frage: „Wer wird die neue Königin Englands sein?“

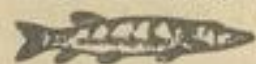
Berned.

Zwangsversteigerung.

Es werden öffentlich meistbietend gegen Bar verkauft am Freitag, 13. März, 11 Uhr

2 kleinere Möstfässer teilweise mit Most
6-7 Ztr. Kartoffeln
Zusammenkunft b. Rathaus.
Gerichtsvollzieherstelle Nagold

Billige Seefische!



Schellfische o. R. 1 Pfd. 30-35
Seelachsfilet entgr. 1 Pfd. 38
Cabliaufilet entgr. 1 Pfd. 40
Goldbarschfilet entgr. 1 Pfd. 60
Bücklinge geräuch. 1 Pfd. 30

Waldhoff's Brandheringe
Gelee, Roll nops, Bratheringe
1/2, 1, 2, 4 Lit.-Dosen
seit 75 J. die führende Marke

Verbilligte Marmelade
Bierfrucht 1 Pfund
Apfelschnitzfrucht 32

bei Chr. Burghard jr.
Ca. 30 Zentner
Ackerheuen
sowie eine
Zutterschneidmaschine
verkauft
Jakob Haufer, Spielberg.

Einen schönen
Zerstrier
hat zu verkaufen.
Georg Kalmbach, Monhardt.

Altensteig.
Als Konfirmations-Geschenke
empfehle ich
Stahlwaren
Touristenartikel
aus Aluminium
Lackierwaren
etc.
Karl Henssler sen.
Hirschhandlung beim Postamt

„üllhalter“
sind willkommene
Geschenke!
In allen Preislagen
erhältlich in der
Buchhandlung Lauk

Loba
75
Aber auch zu
geben die gute
Loba-Ware, Marke
Zeppelin-Loba
Willst Du den Boden
blitzblank haben
Nimm Dir
Loba mit dem Raben
LOBA-WACHS u. LOBA-SEIFE